

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Wochentagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Postämtern 2 RM. im Monat, bei Lieferung durch die Post 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. 50 Pf. pro Jahr. Einzelnummern 10 Pf. (Postzusatz 10 Pf.).

Einzelpreis: die 8 gespaltene Raumseite 20 Pf., die 4 gespaltene Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. pro Seite. Die 3 gespaltene Raumseite im letzten Teile 1 Reichsmark. Nachzahlungsgeld: 20 Reichsmark. Sonstige Anzeigen nach Maßgabe der Anzeigenpreise. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Abhaltung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenschreiber ist ersucht, wenn bei Bezug der Anzeigen eingezogen werden muß oder bei Nichtzahlung der Konten gerät, Anzeigen nehmen alle Verantwortlichkeiten entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 196 — 88. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2840      Freitag, den 23. August 1929

## Sir fragen.

Und abermals ging ein Tag vorbei bei den Verhandlungen in der holländischen Residenz, ein Tag, von dem man endlich, endlich eine entscheidende Wendung erwartete — und abermals muß mit niedererschlagender Enttäuschung konstatiert werden, daß Null und Null nur Null bleibt. Die große Besprechung der sechs an der Liquidierung der Kriegsschulden an erster und maßgebender Stelle interessierten Mächte brachte nur ein überaus dürftiges Resultat — die Vertagung auf den andern Tag. Wieviel weitere Vertagungen werden sich noch anschließen?

Wie war es doch? Die allgemeine Erkenntnis von der Unzulänglichkeit des Dawes-Vertrages, die Einsicht, Deutschland könne seine Lasten nicht länger tragen, hatte zu neuer Beratung über Revisionsmöglichkeiten gedrängt, und die zu diesem Zwecke berufene Kommission arbeitete in Übereinstimmung in Paris den Young-Plan aus. Er bringt weiß der Himmel, nur geringe Erleichterungen für den nun einmal in diese Eigenschaft gezwungenen deutschen Schuldner, er nimmt ihm kaum etwas von der durch noch ein halbes Jahrhundert zu schleppeuden riesigen Bürde. Aber es sollte doch eine bestimmte Rechnung an die Stelle der bislang ins Nebelhafte gehenden Forderungen der Gläubigermächte gesetzt werden, eine Rechnung, deren Schlüsselpunkte wenigstens fest auf dem Papier stand. Selbstverständlich mußte damit verbunden sein die Erledigung der aus der Kriegsverwicklung und dem Diktatfrieden von Versailles resultierenden Unmöglichkeiten, die verhängnisvoll der Veruhigung Europas und der Gesundung seiner Wirtschaft widersprechen. Die Aufrechterhaltung der Rheinlandsbesetzung durch fremdes Volk, die schlechtmaschierte Dauerokkupation der Saar erschienen unvereinbar mit aufrichtiger und sauberer Bilanz. Deutschland muß Atem holen können, soll es nachhaltig an der Abtragung der zu übernehmenden Verpflichtungen arbeiten können.

Was geschah? Im Haag versammelten sich die führenden Staatsmänner Englands, Frankreichs, Italiens, Japans, Belgiens mit Einschluss Deutschlands, also die Hauptbeteiligten; der Young-Plan sollte, in Einzelheiten vielleicht noch torrigiert, vom 1. September d. J., dem Ablaufstermin des Dawes-Vertrages, sanktioniert werden. Gleichzeitig mit diesem wirtschaftlichen Problem sollte das politische, eben die Rheinlandsräumung, Lösung finden.

Es kam anders. Seit beinahe drei Wochen vertreiben die Staatsgehaltigen der Gläubigermächten im Haag sich die Zeit, besuchen einander, besprechen sich, zerplündern sich in Anschnüßeln, veranstalten Spezialdebatten und gerieten allmählich in hinterhältige Wuch- und Sedengefechte, die weit ab von der gebotenen Richtung führen. Nicht mehr vom Young-Plan war die Rede, nicht von der Freilassung der Rheinlande, sondern nur von der früheren oder geringeren Quote, die jeder von der herausgehandelten deutschen Beute einzustechen wünschte. England fühlt sich, vielleicht nicht ganz mit Unrecht, durch die überaus gewaltigen Ansprüche Frankreichs, um dessenwillen la der ganze Krieg nach dessen Ansicht geführt worden ist und dem die anderen selbstverständlich Heeresfolge und Sukturs zu leisten hatten — geschädigt und protestiert. Frankreich will auf seinen Forderungen verzichten, sträubt sich hartnäckig gegen jede Zusage in bezug auf den Rhein, er fürchtet den Zorn der ziemlich unruhigen Deputiertenkammer dabei. Italien möchte sich ebenfalls eine kleine Ertragsurtheil braten, Belgien weicht in Vassallentreue nicht vom französischen Wimpel ab und Japan sieht keinen besonderen Anlaß, sich für den britischen Kontinenten im Fernen Osten zu erwärmen. Die Deutschen, obwohl Teilnehmer der Konferenz, aber schließlich doch das Objekt der Beratungen und schließlich von entscheidendem Einfluß, waren gezwungen, dem Getöse und dem Gemäkel, den Sophistereien und nichtsfördernden Redensarten ohnmächtig zuzusehen. Die Erfüllung ihrer wohlberechtigten Erwartungen wich in immer weitere Ferne zurück. Anzustimmen und begreiflich, wenn sie, lange genug übergeduldet, einen Stein in die zur Verjüngung neigenden Konferenzgewässer warfen, wenn sie die übrigen Mächte zu einem klaren Entschluß aufriefen. Besser Ende mit Schreden ohne Ende!

Der 1. September steht vor der Tür, die Finanzlage des Reiches ist höchst ungelöst. Was soll mit uns werden, sollen wir unter den Fesseln des Dawes-Vertrages weiter vegetieren, allmählich zugrunde gehen — oder wird der Young-Plan Befreiung für uns? Erhalten wir das Rheinland zurück, ist man auf der Gegenseite ehrlich gewillt, die wirkliche Friedensatmosphäre wiederherzustellen, damit wir in den Stand gesetzt werden, an unserem eigenen und damit an dem Aufbau der Gesamtwirtschaft, der Herstellung der Völkerverständigung mitzuwirken?

Danach mußten wir angesichts der im Haag eingetragenen Verantwortlichkeit fragen und unsere Beauftragten haben die Frage laut und vernehmlich erhoben. Der zunächst noch undeutliche Widerhall kann nicht befriedigen, klare Töne verlangen wir recht bald zu hören, soll die Forderung nicht ganz ersterben, aus der Haager Konferenz werde mehr herauskommen als die Gleichung: Null und Null bleibt Null.

## Deutschland soll immer noch mehr zahlen

### Erfolglosigkeit der Haager Konferenz

Abermalige Hinausschiebung.

Auch der zweiten Besprechung der sechs einladenden Mächte im Haag am Donnerstag war kein anderes Schicksal beschieden, als derjenigen vom Tage vorher. Die zweite Besprechung wurde auf Freitag nachmittags vertagt. Dann soll nochmals ein Versuch zur Förderung der schwebenden Angelegenheiten gemacht werden. Der deutsche Reichsminister Dr. Stresemann nahm in der Aussprache, über die seine offizielle Mitteilung gemacht wurde, mehrfach das Wort, um den Standpunkt Deutschlands zu vertreten. Zweifelslos wies er erneut darauf hin, der deutsche Vorkopf zur Beschleunigung der Beratungen und zur Hinlenkung auf die Hauptpunkte, die Intraffsetzung des Young-Planes am 1. September und die Erledigung der Rheinlandsfrage, sei dringend notwendig gewesen. Er tritt der Young-Plan am 1. September nicht in Kraft, so entsteht ein Vacuum, das bei der freitagsigen Finanzlage des Reiches zu wenig wünschenswerten Folgerungen führen kann. Der Vorsitzende, der belgische Ministerpräsident Jaspar, sagte die Ergebnisse der Diskussion vor der Beratung dahin zusammen: Der deutsche Antrag habe allen Beteiligten die Notwendigkeit vor Augen geführt, solange zusammen zu bleiben, bis eine glückliche Lösung gefunden worden sei.

Die privaten Unterhaltungen über die Konferenz, arbeitete sollen alsbald fortgesetzt werden, und einstimmig wurde durch die Delegierten der Meinung Ausdruck gegeben, man müsse zu Schlussfolgerungen gelangen, die man in der neuen Zusammenkunft am Freitag offiziell vorlegen könne. Auch die Sitzung der vier an der Rheinlandsfrage interessierten Mächte wurde mit Rücksicht auf die im Gange befindlichen Arbeiten auf Freitag vertagt. Die Lage im Haag zum Schluß des Donnerstags läßt sich dahin charakterisieren, daß allgemein nur noch geringe Hoffnung auf einen günstigen Abschluß der Konferenz besteht. Man sprach ganz offen von der drohenden Möglichkeit, daß spätestens zum Sonnabend eine entscheidende Wendung eintreten müsse, sonst sei der Zusammenbruch der Konferenz unaufhaltsam und weitere Verhandlungen überflüssig. Dann müsse einseitigen Schluß gemacht werden.

Sollten inzwischen die Außenminister an der Genfer Völkerbundtagung teilnehmen müssen, so könnte der gesamte Apparat der Konferenz mit sämtlichen Ausschüssen entweder nach Genf oder an einen anderen Ort verlegt werden, wo man ständig mit den leitenden Leuten in Fühlung bleiben könne.

Bei der in der ersten Sitzung der sechs einladenden Mächte durch den Reichsminister Dr. Stresemann verlesenen Erklärung wurde als Kern der deutschen Forderungen bezeichnet, Deutschland müsse unter allen Umständen ab 1. September nur die Young-Zahlungen leisten, da es selbst keine Schuld daran trage, daß der Plan nicht am 1. September Tatsache werde. In diesem Sinne müsse eine Übergangsregelung getroffen werden. Auf Deutschland falle keine Verantwortung dafür, sondern nur auf die Gläubigermächte, die sich aus eigener Verschuldung nicht einigen könnten.

### Einzelbesprechungen im Haag.

Hinzuziehung deutscher Delegierter.

In Verfolg des gefassten Beschlusses, die Verständigung durch Einzelbesprechungen vorzubereiten, fand Donnerstag nachmittags eine Besprechung der vier Gläubigermächte, mit Ausnahme Englands, zum ersten Male unter Hinzuziehung deutscher Delegierter statt. Dabei waren die Reichsminister Dr. Curtius und Dr. Hifferding zugegen. Es wurde vornehmlich die Frage der Sachstieuerung behandelt. Diese Besprechung ging abends weiter.

### Neue Geldforderungen an Deutschland

Haag, 22. August. Die deutsche Abordnung hat am Donnerstag nachmittags eine längere Sitzung abgehalten. Es verlautet, daß gegenwärtig im Vordergrund der Erörterungen die Einbeziehung Deutschlands in die finanziellen Verhandlungen der Gläubigermächte und die daraus für Deutschland sich ergebende Lage stand. Die Donnerstag-Nachmittagsbesprechung der vier Gläubigermächte, Frankreich, Belgien, Italien und Japan, ist am Abend um 7 Uhr unter Hinzuziehung der Minister Curtius und Hifferding fortgesetzt worden. In alliierten Kreisen der Konferenz wird bereits eingehend von neuen finanziellen Forderungen gesprochen, die jetzt an Deutschland gestellt werden sollen. Wie die Telegraphen-Union bereits mehrfach hervorheben konnte, scheint die übliche Taktik eingeschlagen worden zu sein, kurz vor dem Schluß der Konferenz einen Druck auf Deutschland auszuüben, um grundlegende finanzielle Zugeständnisse im Ausbau des Youngplanes zu erreichen, mit der für eine derartige Taktik üblichen Begründung, Deutschland müsse im Interesse der Einigkeit und Solidarität zur Rettung der Konferenz sich zu einem Entgegenkommen bereitfinden. In welcher Richtung diese neue finan-

ziellen Forderungen an Deutschland liegen, ist zur Zeit noch nicht endgültig festzustellen, jedoch besteht der bestimmte Eindruck, daß jedenfalls über die ursprüngliche deutsche Forderung in die Verteilung des Betrages von circa 300 Millionen Mark, der sich aus dem Uebergang des Dawesplanes zum Youngplan ergibt, einbezogen zu werden, einfach hinweggegangen worden ist. Die vier Gläubigermächte haben, wie bekannt, bereits vor einiger Zeit England diesen Betrag angeboten und damit eine deutsche Beteiligung ausgeschlossen. Ebenso scheint es, daß der Verzicht der deutschen Regierung auf den Ueberrest von 12½ Millionen Pfund aus dem bereits liquidierten deutschen Eigentum in England als selbstverständlich angenommen wird. Die neuen finanziellen Forderungen an Deutschland dürften in der Richtung einer deutschen Beteiligung an der Mobilisierung des ungeschützten Teiles der Deckschulden sowie in einer Beteiligung an den bei der internationalen Bank zu hinterlegenden Fonds liegen. Die Heranziehung des deutschen Wirtschafts- u. Finanzministers zu den finanziellen Verhandlungen der vier Gläubigermächte ist jedenfalls ein deutlicher Beweis, daß gegenwärtig Bemühungen im Gange sind, in den finanziellen Fragen Deutschlands Zustimmung zu wesentlichen neuen finanziellen Lasten zu erreichen. Praktisch will man auf die Weise die Klärung der politischen Fragen vor allem die Klärung des Rheinlandes somit durch neue finanzielle Opfer Deutschlands erkaufen. Es muß auf das entschiedenste erwartet werden, daß in den gesamten finanziellen Fragen die deutsche Regierung an ihrem bisherigen Standpunkt festhält und nicht nur die oben erwähnten Forderungen aufrecht erhält, sondern auch jede Art neuer finanzieller Lasten auf das entschiedenste ablehnt.

### Die Berliner Blätter zu der Erpressungstaktik im Haag

Berlin, 23. August. Die Forderung Frankreichs, daß Deutschland die finanzielle Befriedigung der englischen Wünsche übernehmen soll, hat bei dem größten Teil der Berliner Presse Empörung ausgelöst. Es wird an die deutsche Delegation die Forderung gestellt, gegenüber diesem neuen Erpressungsversuch festzuhalten. Die „Germania“ erklärt: „Deutschland darf keine Vermittlungsoffer über den Youngplan hinaus bringen“ und schreibt weiter: „man müsse sich in der Tat wundern, daß man auf der Gegenseite, wo man um wenige Millionen seit Tagen feilscht, ein finanzpolitisches so unverantwortliches Entgegenkommen erwarten könne, nur damit Frankreich und Italien ihre eigene Quote nicht zu verringern brauchen.“ Die „D. A. Z.“ schreibt zu ihrem Haager Bericht: „Die allgemeine Nervosität ist auf das höchste gestiegen. Die Schloßwagen sind schon bestellt. Schylos drängt mit der Uhr in der Hand. Hier ist es nicht zu beschönigen und zu verschleiern. Die Tatsachen sprechen für sich. Die deutsche Reichsregierung muß die ihr gestellten Zumutungen ablehnen, zurückweisen, nicht einmal ernsthaft in Erwägung ziehen. Tut sie das nicht, so hat sie mit Herrn Briand lebenswärtiger Unterföhlung sich politisch selbst verpflichtet. Wir appellieren an die politische Vernunft der Männer, die verantwortlich zu handeln haben. Es steht, mögen sie sich nicht darüber täuschen, für sie politisch und persönlich Entscheidendes auf dem Spiel.“ Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt: „Man will uns unter dem vollen Druck unserer eigenen Finanzschwierigkeiten sehen, um den Youngplan durchzudrücken, wie man einst die Hungerblockade aufrecht erhielt, um uns Vorkäufel aufzuzwingen. Nur sind wir diesmal selbst daran schuld, daß wir so wenig Widerstandskraft besitzen.“ Die „Vorkämpferzeitung“ spricht die Erwartung aus, daß man, wenn Briand wirklich am Sonnabend nach Paris reist, wohl erwarten dürfe, daß auch Dr. Stresemann zur Vertretung nach Berlin komme.“ Der „Koslanzeiger“ weist darauf hin, daß sich die deutsche Delegation darüber klar sein müsse, wenn sie einen Schritt in der Richtung der französischen Forderung täte, daß selbst in diesem Reichstag, selbst bei diesem geduldigen aller Völker ein solcher Sturm losbrechen würde, daß er die Delegation und den Youngplan hinwegfegte.“

### Der Youngplan ist ein Unglück!

Ein Telegramm an Stresemann

Berlin, 22. August. Der Reichsausschuss für das deutsche Volksbegehren hat an den Reichsaussenminister Dr. Stresemann folgendes Telegramm geschickt: „Der Verlauf der Haager Verhandlungen zeigt, daß Methoden und Taktik der deutschen Außenpolitik trotz aller Warnungen der nationalen Opposition und aller bisherigen Mißerfolge unverändert bleiben. Ein Volk, dessen Diplomatie die einfachen und klaren Linien der eigenen Interessen nicht erkennt und vertritt, wird niemals Freunde haben, denn niemand hat zu seinem Handeln Vertrauen. Die dortigen Erfahrungen haben bewiesen, daß die Stellungnahme der deutschen Regierung zum Pariser Tributplan nicht nur vor Kind und Kastenbüchern unverantwortlich, sondern auch taktisch falsch war. Der Youngplan ist ein Unglück sowohl für Deutschland wie für die Ruhe, Wirtschaft und Entwicklung der anderen Völker. Er bringt die „Liquidierung des Krieges“ nicht. Daß der deutsche Außen-